

Bezugspreis:
Wochenschrift, Nr. 10, monatlich 10,-
für das Haus, wozu zahlbar. Post-
bezugs: Monatlich 10,-
Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich 18,50
für das übrige Ausland bei täglich
einmal, Zuzahlung 21,50
Bestel-
lungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Kroatien-Slawen, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Eingetragen in
die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelnenpreis:
Die abgesetzten Anzeigenpreise
sind: 1. 10 Zeilen, 10 Tage 50 Pf.
„Kleiner Anzeigen“, das
entsprechende Wort 1.- 2. (zwei)
entsprechende Worte 1.50
weiteres Wort 0.75
Stellenanzeigen und
Schuldenanzeigen des ersten Wort
40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf.
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
jeweils 100.
Familien-Anzeigen für Abonnenten
siehe 2.- 3. politische und
gewerkschaftliche Vereine 10 Pf.
weiteres Wort 5 Pf.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Druckerei-Bureau 223 1. Linden-
straße 3 abgegeben werden. Schluß
zum 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3
Rechnungsleiter: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Dienstag, den 25. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3
Rechnungsleiter: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54

Uneinigkeit in der Entwaffnungsfrage

Paris, 25. Januar. (WTB.) Die „Matin“ zu der gestrigen
Sitzung der Konferenz mittelst, könne man voraussehen, daß die eng-
lische Regierung nicht abgeneigt sei, den Einwohnerwehren,
namentlich denen von Ostpreußen, eine Frist von mehreren
Monaten zu bewilligen; die Frankreich für übertrieben halte.
Der letzte deutsche Bericht, der angesichts der Gefahr eines bolsche-
wistischen Angriffs den Auflösungsstermin hinauschieben wolle,
scheine auf Frankreichs Verbündete, insbesondere auf England, Ein-
druck gemacht zu haben. Auch „Petit Parisien“ erklärt, das Gerücht
sei verbreitet gewesen, die von General Nollet und General
Bingham vorgebrachten Zahlen wären voneinander abgemessen.
„Echo de Paris“ stellt fest, daß man sich gefreut über die Entwaff-
nungsfrage nicht verständig habe. Marshall Foch habe
als letzten Termin für die Auflösung den 1. Mai vorgeschlagen.
Der Hinweis des Marshalls Foch auf eine eventuelle Befehung des
Ruhgebietes habe sofortige Bemerkungen Lloyd Georges ausgelöst.

Nachmittags fand, wie „Petit Parisien“ weiter meldet, zwischen
Bland und Lloyd George eine Privatunter-
redung statt, von der man sagen könne, daß die beiden Männer
nicht gleicher Meinung gewesen seien. Lloyd George ver-
tekte den Standpunkt, daß Deutschland bis jetzt bezüglich der Ent-
waffnung seine Verpflichtungen annähernd erfüllt habe. Deutsch-
land sei von nun an unfähig, einen erneuten Angriff gegen die
Alliierten zu unternehmen. Die bolschewistische Gefahr
sei sicher äußerst ernst und könne nicht vernachlässigt werden.
Deutschland könne angesichts dieser Gefahr nicht verteidigungslos
bleiben. Die öffentliche Meinung in Bayern verlange Sühne
und Sicherheit. Sei es etwas gerecht, die Bewohner des Ruhrgebietes
dafür zu bestrafen, wenn München einen Fehler begangen habe?
Lloyd George ging so weit, die Frage zu erheben, ob es nicht besser
wäre, nach den Erfahrungen von Spa die Deutschen zur
Konferenz nach Paris zu berufen, denn dann könne man
besser zwischen dem Möglichen und dem Unmöglichen entscheiden.
Dieser Standpunkt wurde von Bland energisch abgelehnt.
Der belgische Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Jaspar, hat
sich mit Vorbehalten dem englischen Standpunkte genähert.

Paris, 25. Januar. Auf Verlangen der italienischen Delegation
ist in der gestrigen Sitzung des Obersten Rates beschloffen worden,
sich heute an erster Stelle mit der Rottlage Oesterreichs zu
beschäftigen.

Paris, 25. Januar. (WTB.) Wie Berlin im „Echo de Paris“
mittelt, hat Ministerpräsident Briand bezüglich der Reparations-
frage seine Ansicht dahin geändert, man solle vorerst zwei oder
drei Jahreszahlungen festsetzen.

Wie wir erfahren, hat die englische Botschaft in Berlin dem
Auswärtigen Amt seinerzeit mitgeteilt, daß die englische Regierung
empfehle, den Seydoux'schen Plan über die Wiedergutmachung
anzunehmen.

Wiedergutmachung und Beschlagnahmerecht

Paris, 25. Januar. Habas verbreitet eine Meldung der „Eve-
ning News“, wonach Großbritannien Deutschland benachrichtigt
habe, daß es die Absicht habe, sein Beschlagnahmerecht

Der Abstimmungskampf in Oberschlesien.

Vernünftige Maßnahmen.

Brüthen, 25. Januar. (WTB.) Die Regierungskom-
mission in Oppeln hat folgende für die Abstimmung wichtige
Entscheidungen getroffen, sie den beiden Vertretern des deutschen
und des polnischen Plebiszitarkommissariats mitgeteilt und sie ermäch-
tigt, die Bestimmungen zu veröffentlichen:

- 1. Alle Stimmberechtigten der Kategorie B (gebürtige,
aber nicht ansässige Personen) erhalten von dem parli-
amentarischen Ausschuss eine Benachrichtigung, ob sie in die
Stimmliste eingetragen sind oder nicht, und zwar durch die Post
gegen Rückschein.
2. Für die Schreibweise der Namen wird am besten
die auf der Geburtsurkunde gewählt. Im übrigen sollen die parli-
amentarischen Ausschüsse in dieser Frage nicht peinlich genau, sondern
entgegenkommend sein. Es soll ausreichen, wenn durch die
Schreibweise der Klang des Namens wiedergegeben wird.
3. In dem Antrag auf Eintragung in die Stimmliste (Kate-
gorie B, Anlage I der Vorlesensvorschriften) ist unter Nr. 15 anzu-
geben das Datum, an dem der Stimmberechtigte seinen Wohnort
in Oberschlesien verließ. Eine ungefähre Angabe des Zeit-
punktes genügt, wenn eine genauere Angabe nicht möglich ist.
4. Der Service du Plebisците ist damit einverstanden, daß die
Eintragungen der Abstimmungsgäste durch die Organisationen
des deutschen und des polnischen Plebiszitarkommissariats
den parlamentarischen Ausschüssen übermittelt werden.

Von amtlicher Seite wird betont, daß alle amtlichen Mitteilun-
gen über die Unschärfe in Oberschlesien auf vollkommen aus-
reichenden Beweisen beruhen. Dasselbe gilt für die Looze-
Karte. Die Interalliierte Kommission hat zwar verschiedene durchaus

auf die deutschen Güter geltend zu machen, falls Deutschland sich den
Festsetzungen der Reparationskommission entziehen würde.

Rotiz des WTB.: Wie wir hören, ist an hiesiger zuständiger
Stelle von einem solchen Schritt Großbritanniens nichts bekannt.

Bourgeois über den Völkerbund.

Paris, 25. Januar. (Havas.) Im Senatsausschuss für aus-
wärtige Angelegenheiten verbreitete sich Léon Bourgeois
über das Wert des Völkerbundes, der immer größere Energien
zeige und einen unbestreitbaren Einfluß ausübe. Er wies auf die
Wichtigkeit der internationalen Arbeitsorganismen
für Hygiene, Transitverkehr, Wirtschaft und finanzielle Beziehungen
in Vergangenheit und Zukunft hin. Die Regierung werde dem
Senat einen Gesetzentwurf über die Bildung eines internatio-
nalen Gerichtshofes vorlegen, an dessen Einrichtung selbst
die Vereinigten Staaten mitgewirkt hätten. Der Gerichtshof des
Völkerbundes wird nicht den Haager Gerichtshof verdrängen, der
als Schlichtungsgericht bestehen bleibt und die Listen der internationalen
Schlichter aufstellen soll, unter denen der Völkerbund seine
Richter für den ständigen Gerichtshof auswählen wird.

Auswanderung und Arbeitslosigkeit.

London, 25. Januar. (II.) Eine der Folgen der Arbeits-
losigkeit in Großbritannien ist die große Zunahme der Aus-
wanderung, namentlich von ehemaligen Soldaten, nach den
britischen Dominions. Seit Juni ist bereits in 40 000 Fällen eine
freie Ueberfahrt für ehemalige Soldaten gewährt worden. Es sind
etwa 120 000 Anträge auf freie Ueberfahrt eingegangen. Die Zahl
der Auswanderer wäre noch größer, wenn keine Schwierigkeiten
bezüglich der Ueberfahrt eingetreten wäre. Die Auswanderer wer-
den zumeist von ihren Familien begleitet.

Brüssel, 25. Januar. (II.) Die Statistik des Arbeitsministers
über die Arbeitslosigkeit kommt zu einer Gesamtzahl von 73 000
Arbeitslosen am 31. Dezember. An erster Stelle steht die
Textilindustrie mit 45 000 Arbeitslosen, dann folgt die Bau-
und die Metallindustrie mit ungefähr 5000 Arbeitslosen,
die Holzindustrie mit 3000, die Lederindustrie mit 2500,
die Kleiderindustrie mit ungefähr 2000, Transportarbeiter
1115 und andere Industrien mit insgesamt etwa 1700 Arbeitslosen.

Sibirischer Heimkehrertransport.

Hamburg, 25. Januar. (III.) Der Dampfer „Kaifus Maru“, der
am Sonnabend in Brunsbüttel eingetroffen ist, hat, wie die Heim-
kehrstelle Hamburg mittelt, folgende Reichsdeutsche aus Sibirien
mitgebracht: 153 Offiziere, 1344 Mannschaften, 76 Zivilgefangene,
68 Frauen, 44 Kinder, im ganzen 1685 Heimkehrer. In-
folge des stürmischen Wetters konnten die Heimkehrer erst am Sonnt-
ag gelandet werden. Sie wurden nach dem Poststädter Lager über-
geführt und werden voraussichtlich am Donnerstag in ihre Heimat
befördert werden.

anerkenntnenswerte Verordnungen erlassen, darunter auch solche, die
auf die Schließung der polnischen Grenze abzielen.
Aber diese Verordnungen stehen vorläufig noch auf dem Papier,
und es ist dringend zu wünschen, daß sie durchgeführt werden. Eine
polnische Note über die Truppenansammlungen an der
deutschen Grenze ist nicht eingegangen, sondern die polnische Er-
widerung auf die betreffende deutsche Note war lediglich eine Er-
klärung der polnischen Gesandtschaft in Berlin. Auch der polnische
Außenminister Fürst Sapieha hat derartige Erklärungen abgegeben.

Litauen und das Memelgebiet.

Memel, 25. Januar. (WTB.) Zu der Wiedung der Kopenhagener
Belegende Tidende, wonach die litauische Gesandtschaft in Kopenhagen
danon Mitteilung gemacht habe, daß zwischen Litauen und dem
Memelgebiet bereits eine Zollunion abgeschlossen sei, erfährt
das „Memeler Dampfboot“, daß diese Meldung den Tatsachen sehr
weit voraussetzt. Vom Abschluß eines Abkommens über eine Zoll-
union ist noch keine Rede. Es haben lediglich Vorbe-
sprechungen in Kowno stattgefunden. Zurzeit weilt eine
Memeler Abordnung in Kowno, um gegebenenfalls über einen Zoll-
tarif zwischen Litauen und dem Memelgebiet zu verhandeln. Ob
die Zollunion zustande kommt, ist noch nicht sicher. Die in Kowno
weilende Abordnung soll auch nur verhandeln, nicht ab-
schließen. Erst auf Grund dieser Verhandlungen wird man
sehen können, wie sich die Angelegenheit weiter entwickelt.

Ein Verbot und seine Beachtung. Das von uns wiederholt zur
Sprache gebrachte Schießen auf dem ehemaligen Truppenübungs-
platz Poststädter Lager hat, wie WTB. von zuständiger Stelle mit-
geteilt wird, entgegen einem früheren Verbot des Reichs-
wehrministeriums stattgefunden. Weitere Erhebungen sind
eingeleitet.

Bayerische Hoffnungen.

Aus München wird uns geschrieben:

Je näher der Tag der Wahlen zum preussischen
Landtag rückt, desto klarer tritt die Hoffnung der bayeri-
schen Reaktionen hervor, in dem Ergebnis der
preussischen Wahlen einen starken Rückhalt für die Ruhr-Roth-
böhrer-Politik zu finden. Es ist aber auch die letzte Hoff-
nung. Denn innerlich ist diese Politik schon zusammenge-
brochen. Sie hält sich nur noch aufrecht durch Verleugnung
der elementarsten Gesetze des Parlamentarismus, wie sie die
13 bayerischen Sonderdemokraten als Mitglieder der
Koalition betreiben. Getreu den Traditionen des früheren
„Personalienliberalismus“ bewegt sich die Politik dieser „De-
mokraten“ um das zentrale Bestreben, ihren Parteianghörigen,
den Handelsminister Ham m auf seinem Siege weiter
sitzen zu lassen. Dabei ist die Aufhebung dieses Ministeriums
wegen seiner Ueberflüssigkeit nur eine Frage der Zeit. In
München wird aber nur Einigkeit getrieben. Weshalb
man es Herrn Ham m nicht verdanken kann, wenn er Füh-
ler wegen seiner Verwendung im Reichsdienste aussteckt.

In der Koalition aber krocht es an allen Ecken und
Enden. Da ist einmal der berühmteste deutschnational-antifemi-
nistische Roth als Justizminister, dessen Infähigkeit nur noch
übertroffen wird durch seine brutale Starrköpfigkeit. Der
Mann wäre im alten Obergreisstaate ein tüchtiger Zucht-
hausinspektor allen Stils gewesen, für den Posten eines Justiz-
ministers eines parlamentarisch regierten Landes eignet er
sich ungefähr wie ein Trommelschläger zum Dirigenten eines
großen Orchesters. Die anderen Koalitionsparteien möchten
ihn gern beseitigen, da nicht einmal seine deutschnationalen
Parteifreunde hinter ihm stehen, aber auch dieser „deutsche“
Mann klebt, trotz der deutschen Winke, die ihm die stärkste
Partei der Koalition, die „Bayerische Volkspartei“, über seine
Unbrauchbarkeit mehrfach gegeben hat.

Um die Bruchigkeit der bayerischen Koalitionsregierung
zu erweisen, gibt es noch eine große Menge von tatsächlichen
Beweisen. Aber das hier Angeführte genügt, um zu verstehen,
weshalb die in Bayern herrschenden Gewalten jetzt so große
Erwartungen auf einen reaktionären Ausfall der
preussischen Landtagswahlen setzen. Professor
Strahmann, R. d. R., nennt daher den 20. Februar
einen „Schicksalstag“. Dieser Mann, Professor an der
Erlanger Universität — Arnold Ruge nannte sie einmal
„die Pestbeule Frankens“ — offenbart schon im bayerischen
Landtage die schändlichsten Eigenschaften, die ihm bekannten
Absichten der Reaktion nicht an sich halten zu können. Will
man daher wissen, was sie beabsichtigt, so braucht man nur
zu lesen, was Herr Strahmann sagt und schreibt. In
dieser Hinsicht ist der Erlanger Vernunftmonarchist abso-
lut zuverlässig. Und so plaudert er auch in der „Münch.-Augsb.
Wendtg.“ vom 19. Januar breitwichtig aus, „daß in
Bayern längst eine Regierung (besteht), die aufgehört
hat, sich als Fortsetzerin der Revolution zu
fühlen und die erregten (!) Forderungen von semitischen
Drachtziehern . . . als Ausdruck des Volkswillens anzusehen.“
Ins Deutsche übertragen heißt das: Die bayerische Regierung
denkt gar nicht daran, die demokratischen und sozialen Er-
werbenschaften der Revolution zu erhalten oder gar zu ent-
wickeln. Für sie gibt es nur die von Spiheln und Phan-
tasten geleitete Linkspartakistenbewegung, weil
sie den, für den Weiterbestand der Ruhr-Regierung unum-
gänglich notwendigen Unterbau eines besonderen bayerischen
„Gesahrenzustandes“ verbürgt.

In Preußen aber „regiert“ immer noch der rote
Braun mit seinem überwiegend roten Ministerium. Und
außerdem der böse Severing, der die Selbstschußbestrebungen
derer, die in Ruhe und ohne Störung durch bolsche-
wistischen Terror schaffen wollen, bekämpft und gegen die
Einwohnerwehren mit den Mitteln der Verleumdung
und geschwätzigen (!) Polizeischikane arbeiten läßt. Diese
Regierung steckt „mit den roten Gewerkschaften unter einer
Decke“ und sie ist „in jeder Beziehung genau das Ge-
gentheil von dem, dessen wir uns in Bayern erfreuen“.
Zwischen dem roten Preußen und dem schwarzen Bayern aber
steht das Reich, das nicht weiß, auf welche Seite es sich stellen
soll, und keinen Ausweg sieht, diesem Dilemma zu entgehen.
Da können nur die preussischen Wähler helfen, das
Reich auf eine feste und zuverlässige reaktionäre Grundlage
zu stellen.

Diese von Bayern so plötzlich und verspätet auftretende
Sorge um die Wohlfahrt des Reiches entspringt nicht etwa
dem Verzicht auf „föderalistische“ bayerische Bestrebungen,
sondern wird einfach von der Erwägung diktiert, daß die
reaktionäre Politik in Bayern und die jetzige Koalition nur
zu halten ist, wenn sie in einer ähnlichen Regierung in
Preußen eine sichere Rückendeckung findet. Und aus
diesem Tatfache ergibt sich auch die Wahrheit des vorerwähnten
Ausplauderns des Erlanger Apolitikers: „Denn indirekt über
die preussischen Zustände einen unermesslichen Druck auf

Bayern aus... den wir auf die Dauer als unerträglich empfinden. Deshalb ist es auch notwendig, daß wir die preußischen Wahlen von Bayern aus, soweit wir irgend können, unterstützen, und wenn eine Anzahl Herren aus der bayerischen Mittelpartei sich für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt haben, so werden sie wie in Bayern so auch in Preußen für Bayern kämpfen."

Hoffentlich geht Strathmann mit gutem Beispiel voran, damit die preußischen Wähler einmal das bayerische Gegenstück zu ihren Junkern und deren Gefolgschaft kennen lernen. Dabei wird der harte Wahlkampf durch sein Eingreifen eines humoristischen Einschlags nicht entbehren. Die bayerische Sozialdemokratie aber erwartet mit berechtigter Spannung und natürlich aus entgegengesetzten Gründen den Ausfall der Landtagswahlen in Preußen. Von ihm hängt ja nicht nur die fernere Gestaltung der bayerischen, sondern in erster Linie die Reichspolitik ab. Siegt die Reaktion in Preußen, dann wird die jetzige bayerische Regierung die noch zur Schau getragene Ordnungsmaske ablegen und offen für die Ziele eintreten, die sie jetzt unter der Devise der „Ordnung und Sicherheit“ zu verbergen sucht. Deshalb erwartet auch die bayerische Sozialdemokratie, daß am 20. Februar jedermann in Preußen seine Pflicht erkennt, und für die Kandidaten der Sozialdemokratie seine Stimme abgibt.

Komödie der Irrungen.

Das Blatt Max Maurenbrechers, die „Deutsche Zeitung“, bringt Klara Zetkin für ihre geistige Rede stürmische Huldigungen. Sein parlamentarischer Stimmungsbildner kammele dazu in nationalbolschewistisch-expressionistischer Verzücktheit:

Praktisch: Schutz- und Trutzbündnis mit Rußland. Gefährlich soll das sein? Krieg mit der Entente bedeuten? „Ach, meine Herren, mir wollen doch keine pazifistischen Ohnmachtsanfalle kriegen!“ Ganz meine Meinung. „Auch der heftigste Ententeimperialismus muß lassen, was er nicht lassen kann.“ Wundervoll, ganz wunderbar! Wenn ich eine naturgeschichtliche Unmöglichkeit nicht scheute, würde ich sagen: Klara Zetkin war gestern mein Mann.

Max Maurenbrecher und Klara Zetkin waren einmal Mitglieder ein und derselben Partei. Nun ist er durch Kriegsschicksale ganz nach rechts, sie ganz nach links gerutscht — aber siehe da, sie finden sich wieder, er, der Deutschnationalist, und sie, die Kommunistin! Mit ernster Politik hat dieses Fliehen und Haschen wenig zu tun, aber für ein Lustspiel liefert es einen ganz reizenden Stoff.

„Im Namen des Volkes.“

In letzter Zeit wurden an verschiedenen Orten Prozesse wegen Landfriedensbruchs verhandelt. Die Ursache für diese Prozesse waren meist Lebensmitteldemonstrationen, wie sie im Frühjahr 1919 in den verschiedensten Gegenden im Reich zu verzeichnen gewesen sind. Diese Demonstrationen entstanden fast durchweg ganz spontan. Die Demonstranten, meist Arbeiter aus Großbetrieben, zogen vor die Kreishäuser oder die Rathäuser und sandten Deputationen zu den Behörden, um eine bessere Lebensmittelförderung zu erreichen oder Maßnahmen gegen Lebensmittelhändler und -mischerer, die das hungernde Volk auslachten, durchzusetzen.

Eine dieser Demonstrationen trug sich auch am 16. April 1919 in dem schlesischen Industriort Hoyerwerda zu. Gegen den Vächter der Hoyerwerdaer Stadtmühle erhoben sich Gerüchte über Wehlschleibungen, und in der Stadtmühle wurden tatsächlich die Mühle durch den Landrat Dr. Hegenscheidt, den früheren reichsparteilichen Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Rothenburg-Hoyerwerda, gefordert. Vor dem Landratsamt hatten sich etwa 600 Menschen angeammelt. Da die Menge unrührig wurde, sollte der Landrat einige beruhigende Worte an die Demonstranten richten, verschwand aber durch eine Hintertür und ging allein nach der Mühle. Dort bemächtigten sich die Demonstranten des Versteckten. Es heißt, man habe ihn zwingen wollen,

im Zuge nach dem Marktplatz zu gehen und eine rote Fahne zu tragen, das habe er verweigert, sich auf die Erde geworfen, worauf er in die Höhe gehoben und nach dem Marktplatz getragen wurde. Bei dem Einbringen in das Landratsamt wurde von einigen Elementen die Gelegenheit benützt, um verschiedene Lebensmittel und andere Gegenstände zu entwenden; so 10 Flaschen Beerenwein und 40 Pfund Äpfel aus dem Keller des Kreisgärtners und einige Lebensmittel und mehrere silberne Messer und Böffel aus der Wohnung des Landrates.

Wegen dieser Vorgänge wurde nun gegen 33 Personen, fast durchweg Arbeiter und Handwerker aus Hoyerwerda und der nächsten Umgebung, die Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben. Der Prozeß wurde vor dem Landgericht Görtlich geführt. Das Urgebnis war, daß 24 von 33 Angeklagten zu insgesamt 86 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Diese Strafen belaufen sich von 9 Monaten bis herab zu 2 Monaten Gefängnis. So weit die Angeklagten, zu 3 Monaten und weniger Gefängnis verurteilt worden sind, sollen sie der Strafaussetzung auf 3 Jahre empfohlen werden. Bei tadelloser Führung soll eine Erlassung der Strafe auf dem Gnadenwege erwirkt werden.

Dieser Prozeß verdient Beachtung in der Öffentlichkeit. Es wurde in der Verhandlung nicht festgestellt, daß einer oder mehrere von den Angeklagten die Demonstration inszeniert hätte. Dagegen wurde durch Zeugenaussage bewiesen, daß die Angeklagten, die als Wortführer auftraten, die Masse in ihrer Hand gehabt haben. Nicht einer von den über 30 Zeugen hat sagen können, daß die Angeklagten zu einem Vorgehen gegen den Landrat Dr. Hegenscheidt oder gar zu Tätlichkeiten gegen ihn aufgereizt hätten. Im Gegenteil, die meisten Zeugen, darunter der Kreissekretär, ja selbst die Frau des Landrates und schließlich auch der Landrat, mußten zugeben, daß die Angeklagten alles getan hätten, Dr. Hegenscheidt zu schützen. Tatsächlich ist auch Landrat Hegenscheidt wie auch der Mühlenpächter hohe unversehrt aus der Menge gedrückt worden. Daß Dr. Hegenscheidt von der Mühle nach dem Marktplatz getragen wurde, geschah auf ausdrücklichen Wunsch seiner Frau, die die Menge zurief: „wenn er sich weigert zu gehen, so tragt ihn doch!“ Auf dem Marktplatz schrie er die Erregung durch die unsinnige Behauptung, in Hoyerwerda sei die Räterepublik ausgerufen worden!

Noch etwas anderes ist an dem Prozeß bemerkenswert. Bei dem Bestreben, sich möglichst zu einem guten Licht zu setzen, betonte Dr. Hegenscheidt auch seine politische Persönlichkeit und wies darauf hin, daß er früher der Sozialdemokratie eine schwere Niederlage beigebracht habe. Er wollte sich als politischen Märtyrer hinstellen und den Eindruck erwecken, als sollte die Demonstration gegen seine Maßnahmen als Landrat ein Revancheeakt dafür sein, daß er im Reichstagswahlkampf 1912 in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten gewählt wurde! Als wenn die erregten Massen im April 1919 an die Reichstagswahlen von 1912 gedacht hätten!

Welches wären nun die Folgen gewesen, wenn unsere Genossen sich nicht an der Demonstration beteiligt hätten? Es besteht Grund zur Annahme, daß dies für Herrn Dr. Hegenscheidt höchst peinlich geworden wäre; ertönt doch aus der Menge heraus Rufe, den Landrat totzuschlagen und in die Elster zu werfen. Daß es zu derartigen Verkommenheiten nicht kam, ist unzweifelhaft das Verdienst unserer dortigen Arbeiterführer. Die reaktionäre Presse aber hätte im Fall des Fernbleibens unserer Genossen wochenlang geschrien, sie hätten sich feige verhalten und nicht so viel Mut aufgebracht, vor die Massen hinzutreten und auf sie in beruhigendem Sinne einzuwirken. Dann aber wäre die Schuld erst recht auf unsere Genossen gedrückt worden.

Der Prozeß kann als typisches Gegenstück zum Richter Nordprozeß bezeichnet werden. Dort wurden Studenten freigesprochen, von denen 15 Arbeiter erschossen wurden. Hier wurden Arbeiter verurteilt, die die Ermordung eines unbeliebten Landrates mit allen Mitteln verhindert hatten. Derartige Urteile wirken aufklärender über das Wesen der bürgerlichen Justiz als hunderte Versammlungen und tausende Flugblätter. Die Masse der Wählerschaft möge nicht vergessen, daß auch für sie ein Tag kommt, wo sie über ihre Richter zu Gericht sitzt, und das ist der Wahltag. Dessen mögen unsere Genossen am 20. Februar eingedenk sein!

Die kommunistische „Verschwörung“.

Deutschnationale Entrüstung.

In Westfalen hat man eine ziemlich knabenhafte Verschwörung der Kommunisten ausgehoben, die sich anscheinend einzig und allein dazu berufen fühlen, der Rechtsreaktion nach Kräften in die Hände zu arbeiten. Die „Deutsche Tageszeitung“ tobt sich aus diesem Anlaß in einem wutdurchzitterten Artikel gegen den Genossen Severing aus, der nur auf die Orgelei loshauerte und die Umtriebe der Kommunisten jenseitig dulde. Selbst ein deutschnationaler Redakteur sollte merken, daß dieser Artikel in seiner Vöbelhaftigkeit nur noch durch seine Unlogik überboten wird. Denn gerade an dem Tage, wo zugepaßt worden ist und die kindliche kommunistische Verschwörung zerfallen wurde, Severing vorzumerkten, daß er gegen die Kappisten von links blind sei, ist doch wirklich eine Leistung, die mit dem großen Preis erster Klasse gekrönt werden müßte. Sehr merkwürdig ist dabei noch, daß die „Deutsche Tageszeitung“ ausdrücklich das Staatskommissariat für öffentliche Ordnung herausstreicht, dem es das Verdienst an dem Vorgehen gegen die Kommunisten zuschreibt. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat vergessen oder will nicht wissen, daß das Staatskommissariat niemand anders unterstellt ist, als eben gerade dem Genossen Severing und von ihm seine Anweisung erhält. Der verdächtige Eifer der reaktionären Blattes für den Schutz der Verfassung ist also ganz überflüssig. Im übrigen ist es jedem Verständigen längst klar, daß die kommunistische Verschwörungslust eine Gefahr nur für die Arbeiterbewegung, nicht für die kapitalistische Gesellschaft ist.

Wahrheitskfinder Davidsohn.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute ein Prozeß, den Genosse Redakteur Kutner gegen den Schriftsteller Georg Davidsohn angehängt hatte. Davidsohn hatte in einem Brief an die „Görtlicher Volkszeitung“ behauptet, Kutner hätte einen Parteigenossen ermordet, er habe Gelder von Starz während der Kapp-Zwischenzeit in die Tasche gesteckt, er sei wegen seiner Verfehlungen aus dem Vorstand des Reichsbundes der Kriegsbekämpften herausgeflogen usw. usw. Der Privatkläger bezeichnet alle diese Angaben teils als völlige Erfindung, teils als Verdrehung ganz anders liegender Tatbestände. In der Verhandlung konnte es jedoch zu einer Beweisaufnahme noch nicht kommen, da der Angeklagte Davidsohn trotz dreimaliger Aufforderung durch das Gericht in sieben Monaten keine Zeit gefunden hatte, für seine Behauptungen Beweis anzutreten. In der Verhandlung begründete das sein Verteidiger Theodor Liebknecht damit, daß Davidsohn erst hätte „Material sammeln“ müssen. Von dem Anwalt des Privatklägers, Genossen Rechtsanwalt Obornicker, wurde darauf sofort hervorgehoben, daß hierin jedenfalls das Zugeständnis liegt, daß Davidsohn, als er den beleidigenden Brief schrieb, kein Beweismaterial für seine Behauptung gehabt hat. Erst zwei Tage vor der Verhandlung hatte der Angeklagte einen Schriftsatz mit Beweisunterlagen eingereicht, der dem Kläger erst zu Beginn der Verhandlung zugestellt werden konnte. Dieser hatte sich bereits vorher zu einem umfangreichen Gegenbeweis bereit erklärt.

Ueber den Umfang der Beweisaufnahme gab es eine ziemlich lange Debatte. Der Angeklagte erklärte, zu seinem Briefe durch einen Artikel in der „Görtlicher Volkszeitung“ veranlaßt worden zu sein, der Davidsohns Verhalten im Prozeß Rhodin brandmarkte und das dessen Urheber Davidsohn den Kläger bezeichnet. Dieser bestritt seine Urheberchaft, erklärte aber gleichzeitig, für die Wahrheit der in dem Artikel behaupteten Tatsachen Beweis anzutreten zu wollen, namentlich dafür, daß durch den Prozeß Rhodin Davidsohn als Mitglied einer Verleumdungszentrale gerichtlich festgestellt worden ist. Der Kläger beantragte hierfür Genossen Scheidemann als Zeugen zu vernehmen und die Akten des Falles Rhodin herbeizuschaffen. Dagegen wandte sich der Angeklagte und sein Verteidiger mit großem Eifer und suchten das Gericht von dieser Beweiserhebung abzubringen, indem sie erklärten, andernfalls müßten sämtliche Starzprozesse vor Gericht aufgestellt werden. Das Gericht beschloß nach längerer Verhandlung, den Parteien aufzugeben, ihre gesamten Beweisunterlagen zu sämtlichen Punkten innerhalb eines Monats schriftlich zu formulieren.

Karneval in Berlin.

„Der geschobene Fasching.“

Fast scheint es, Berlin „schleibt“ in Karneval. Es ist geschlechtshandelter, importierter Fasching, nachgeahmtes Köln, kopiertes München. Bezeichnend übrigens, daß alleingesehene Berliner Faschnachtveranstaltungen, die das Privileg gewisser Veranstalter waren, von anderen glatt und widerspruchlos imitiert werden. So gibt es in diesem neunzehnhundertzwanzigsten Jahr nicht weniger als drei Gesindebälle. Jeder aber schwört, er sei der allein wahre. Bezeichnend für diesen Karneval ist weiter, daß die großen Theater mehr denn früher während auf die Festspiele treten, einander durch tänzerisch verzierte und mit allerlei Ill. ausgestattete Gesellschaftsabende zu überbieten suchen. Bezeichnend nicht minder, daß in die meisten der Bälle ein spekulativer, lotteristischer Einschlag kommt. Preise für Tänzer, Prämien für gewisse Einsätze, die der Besucher stellt. Aber, diese Prämien liegen nicht mehr wie einst in der logischen Linie des rein Unterhaltungsmäßigen, nicht mehr die elegantesten Toiletten oder die wichtigsten Kostüme werden ausgezeichnet, es geht ein ungelinder Zug durch die gestellten Aufgaben, eine gewisse Delabenz des Geschmades. Ein Beispiel für viele: mit großem Tamtam wird für eine Karnevalsoberanstaltung in einem der minder vornehmen Säle Berlins Stimmung gemacht. Jetzt, eine Woche vor dem Fest, ist kaum mehr eine Karte zu haben. Rechtens zu haben. Hinterrum mit dem nötigen Aufgeld natürlich gibts noch allerlei schöne Vogenplätze. Woher die Liebe für diesen Lukenfeiteraal, den man sonst nicht? Nun — es gibt Preise. Wer aber wird prämiert? Das beste Tänzerpaar? Das geistreichste Kostüm? Beileibe! Preisgekrönt wird das tiefste Delokettee. Jene Dame, welche am freigebigsten in ihren Auschnitten ist, hat die meisten Ausflüchte auf Auszeichnungen. Das sind ausgezeichnete Ausflüchte! All dies hat mit naiver Freude, mit Ausgelassenheit kaum mehr etwas zu tun. Es hat den Stil der Schelbung, der Kuppelung einander fremder Beziehungen angenommen. Berlin „schleibt“ in Karneval.

Die Eroberung der Straße.

Bezeichnend für den Berliner Karneval 1921 ist auch der Zug nach der Straße. Aus den Revolutionstagen her ist diese Sucht, mit allem Großen, allem Kleinen, mit Gutem und Bösem, Ernstem und Heiterem auf die Straße zu gehen, die Straße mit Wankungen und Versprechungen zu überschwemmen, den Rhythmus des Lebens in Papier, auf Plakaten und Anschlagzettelchen zu verdrängen, gebildet. Nun geht auch der Karneval auf die Straße. Mehr denn je wiebt das Plakat für Bälle und Tanzveranstaltungen. Aufgebomberte Plakatwagen führen armfellig wisslose Anpreisungen durch die Straßen, versprechen irgendeinen Filmstar als Attraktion. Man

spielt so furchtbar talentlos süddeutsche Farben- und Sinnenfreude, möchte Faschingsdinge zu einer Volksangelegenheit stemmen, und sie sind doch nur eine Angelegenheit gewinnlütlicher Veranstalter. Es achtet kaum jemand ihrer. Diese Reklame mag als Reklame berlinisch sein; in ihrem Ziel, karnevalistisch anzuregen, versagt sie. Wäge Berlin vor drohenden Fastnachtsumzügen bewahrt bleiben. Umzüge frühlicher Art sind südbisches Vorrecht, im Norden wirkt nur die totornste Demonstration. Und Berlin liegt leider so nördlich. Es wird sich vor südbischen Faschingsitten hüten müssen. Im Kalender der Stadt Berlin steht kein Rosenmontag verzeichnet. Es hat kein Talent dazu.

Die Freiheit der Kunst in Sowjetrußland. Im Kreise der Sowjetführer ist es zu Unstimmigkeiten gekommen, für die der Volkskommissar des öffentlichen Unterrichts, Lunatscharski, die Verantwortung trägt. Der Minister, der vom Ergeiz des Dramatikers geplagt wird, hat drei Dramen erscheinen lassen: „Olivier Cromwell“, „Zauberei“ und „Man im Paradies“. Die „Wamba“, das offizielle Organ der Sowjetregierung, greift Lunatscharski bestig an, weil er in seinem „Olivier Cromwell“ den Danton der englischen Revolution auf Kosten der Kommunisten in den Himmel gehoben habe. Auch das zweite der Dramen vertrete eine „vödelische Doktrin“. „Zauberei“ sei in Wahrheit ein mystisch-bolschewistisches Drama mit der Tendenz, daß alle Menschen, Gottmenschen wie Tiermenschen, gleich seien. Das Volk könne dadurch nur zu leicht zu der Ansicht verführt werden, daß Lenin Brangel gleiche und die rote Armee sich von der weißen in nichts unterscheiden. „Man im Paradies“ endlich sei ein religiöses Drama, in dem Jehova, Christus, Engel und Erzengel auftraten. „Es ist doch recht sonderbar“, schreibt das Kommunistenblatt, „daß es dem Kommissar des öffentlichen Unterrichts nicht einfallen soll, ausgesprochen reaktionäre Ideen zu verbreiten, und noch bestreudlicher ist es, daß solche Dramen in der Staatsdruckerei hergestellt werden. Lunatscharski gibt in der Vorrede zu, daß die Doktrinen, die er in seinen Dramen vertritt, von denen, die er als Politiker verteidigt, grundverworfen seien. Genosse Lunatscharski scheint danach zu denken, daß man dem Kommunismus nur in der Politik die Kreuze zu wahren brauche, daß es dem Dramatiker aber unbenommen sei, diametral entgegengesetzte Meinungen zu äußern. Es ist hohe Zeit, daß die äppig wuchernden Phantasieereien, in denen mehr als einer unserer kommunistischen Dichter schwelgt, von dem scharfen Messer der Parteidisziplin geziemend gestutzt werden.“

Kinodämmerung in Amerika. Die Minderwertigkeit des durchschnittlichen amerikanischen Films rächt sich durch eine immer mehr zunehmende Gleichgültigkeit der Amerikaner gegen das Kino, und die großen Filmfabriken sehen sich daher zu einer durchgreifenden Reform gezwungen. Die führenden Gesellschaften haben beschlossen, ihre Erzeugung um 50 Proz. zu verringern und dafür die geringere Anzahl von Filmen sorgfältiger auszubereiten. Auch eine größere Sparfomkeit sucht man durchzuführen. Man hat aufgehört, den Stars riesige Gagen zu zahlen, denn man macht die einseitige Bezahlung einzelner Schauspieler für den Niedergang des Films verantwortlich und will jetzt mehr Gewicht auf ein vortreffliches Ensemble legen.

Tier- oder Pflanzenfresser? Ueber diese gerade jetzt in wirtschaftlicher Hinsicht sehr wichtige Frage geben uns einige in jüngster Zeit ausgeführte Untersuchungen beachtenswerten Aufschluß. So ergab sich, wie die „Pharmazeutische Zeitschrift“ berichtet, daß man gegenwärtig, um von einem Rostrod nur 1 Kilogramm Fett zu erhalten, allein 11 W. für Fütterungskosten veranschlagen muß, wogegen 1 Kilogramm Rüböl einschließlich sämtlicher Herstellungskosten nur auf 4—5 W. zu stehen kommt. Wenn ein Rostrod ein Weibeband von 1 Hektar Ausdehnung abweidet, so kann man mit einer durchschnittlichen Gewichtszunahme von 300 Kilogramm rechnen, was einem Schlachtgewicht von etwa 150 Kilogramm entspricht. Die Zahl der Kalorien, d. h. der Wärmeeinheiten oder Wärmekräfte, die durch den Genuß dieser Fleisch- oder Fettmengen im menschlichen Körper erzeugt werden, beträgt in diesem Fall 1,03 Millionen. Bepflanzt man andererseits 1 Hektar Land mit Raps, so liefert dieses Feld ungefähr 1500 Kilogramm Raps, aus dem nunmehr 375 Kilogramm Rüböl sowie 1125 Kilogramm Rapskuchen hergestellt werden können, während die Kalorienzahl auf 5,88 Millionen steigt.

In bezug auf seinen Herstellungswert ist also das pflanzliche Nahrungsfett weitläufig billiger als das Tierfett und dabei auch, wie seine Kalorienzahlen beweisen, viel nahrhafter.

Schwedischer Humor. (Auch ein Filmstück.) „Wissen Sie, Herr Doktor, ich habe von meinem Verlobten ein so schönes Buch zu Weihnachten erhalten: „Die Relativitätstheorie“ von Einstein.“ „Haben Sie es schon gelesen, gnädiges Fräulein?“ „Nein, es ist mir etwas zu schwer. Ich warte, bis es im Film kommt.“

(Die Fütterwöchenern.) Es war in den Fütterwöchenern. Sie hatten drei Stunden auf einem Balkon gefessen, gesulzt und Poesie geredet und hatten die Hände fest ineinander gefächelt. Schließlich brach sie das Schweigen und flüsterte:

„Eduard, mein Geliebter, ich möchte dich gern etwas fragen.“ „Frage mich hundert — tausend — eine Million Dinge!“ rief er entzückt.

„Ja, siehst du, mein Liebling, auf meiner Nase sitzt eine Fliege. Würdest du es für sehr unfreundlich von mir halten, wenn ich meine Hand einen Augenblick fortnehme, um sie fortzujagen?“

Knut Hamsun und die Frauen. In einer Notiz, die vor einiger Zeit durch eine Reihe skandinavischer Zeitungen ging und auch in die deutsche Presse Eingang fand, hieß es, Knut Hamsun habe sich einem dänischen Interleuter gegenüber als Anhänger der Weiberei erklärt. Gegen diese Nachricht hat Knut Hamsun ein kategorisches Dementi veröffentlicht.

Deutsche Kunst im Auslande. Dr. Karl G e g e m a n n, Intendant des Stadttheaters in Wiesbaden, ist eingeladen worden, 1922 mit einem aus ersten Kräften bestehenden Ensemble in Italien, Spanien und Südamerika eine Reihe von Opern und Lustspielen zu aufzuführen, die sämtlich noch Entwürfen bekannter Kaler ganz neu ausgestaltet und nach den Grundzügen moderner Regie inszeniert werden sollen.

Kunstklubreform und Kunstschicksal. Zu der von der Regierung geplanten Reform des Kunstunterrichts wollen die Künstler aller Richtungen und die interessierten handwerklichen Verbände in einer Versammlung Stellung nehmen die am Sonntag, 30. Januar, vorm. 11 Uhr, im ehem. Geyershaus, Leipziger Str. 3, veranstaltet wird.

Das Perlenhalsband der Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei hat eine sonderbare Vorliebe für Ketten. Früher sie im Juni des vorigen Jahres den Wahlkampf als die Partei, die die roten Ketten spinnen werde, so zieht sie auch jetzt wieder in den Wahlkampf zu den Landtagswahlen mit einem höchst sinnigen Kettenvergleich. Sie verbreitet nämlich an die Arbeiterklasse ein Flugblatt, dessen Vorderseite folgenden Text führt:

Hunderttausend Mark Belohnung!! Perlenhalskette verloren!

Eine Perlenkette, bestehend aus 82 hohle ausgehöhlten Perlen mit Brillantloch, am Freitagabend zwischen Hotel Adlon und Brandenburger Tor verloren. Abzugeben gegen obige Belohnung.

Man wird nun neugierig; anstatt aber auf der folgenden Seite zu finden, daß die Kette etwa bei Herrn Stresemann abzugeben sei, findet man hier eine treffliche Ansprache an einen fingierten Arbeiter, der natürlich Arbeiter ist, und der gefragt wird, was er wohl mit den hunderttausend Mark Belohnung machen werde. Werde er etwa diesen Betrag, so fragt das Flugblatt, seiner Parteikasse zuführen? Sicherlich nicht! Vielmehr würde er von dem Gelde Haus und Hof zu erwerben suchen, sich ein Heim begründen, Eigentum erwerben usw. Um, unterzeichnet ist das Schriftstück „Ein Kapitalist“. Nun weiß man, worauf die Sache hinausläuft. Dem Arbeiter soll an diesem verlockenden Perlenbeispiel die Notwendigkeit und die Schönheit des Privatigentums demonstriert werden.

So lächerlich diese Art der Propaganda ist, so hat sie doch ihre ernste Seite. Wir finden auch hier wieder diese völlig falsche Beurteilung der Psychologie des Arbeiters, von dem vorausgesetzt wird, daß er die Welt so ansieht, wie der Kapitalist sie erblickt. Das Streben, der Arbeiter ist aber — wie es erst kürzlich in beispiellos klarer Weise durch die Vergewaltigung durch ein Ausmaß gebracht wurde — nicht darauf gerichtet, Kleinkapitalisten zu werden, sondern die Arbeiterklasse vollständig eine Umgestaltung der gegenwärtigen Wirtschaft und wird das kapitalistische Joch gegen die sozialistische Freiheit einzuführen. Sollte Frau Stresemann die Macht haben, im Interesse der Partei ihres Gemahls eine Perlenkette zwischen Hotel Adlon und Brandenburger Tor zu verlieren, um die Seele eines Arbeiters für die Schönheiten des Kapitalismus einzufangen, so können wir ihr heute schon sagen, daß sie sich nicht zu bemühen braucht.

Die Politik des Auswärtigen Amtes.

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde Dienstag der Etat des Auswärtigen Amtes weiterverhandelt. Vdr. Müller-Franken (Soz.) Ich hoffe, daß die wertvolle Kraft des Geheimrats Schüler auf diese oder jene Weise dem Auswärtigen Amt wieder nutzbar gemacht wird. Das Auswärtige Amt leidet keineswegs unter einem Ueberfluß an tüchtigen, erfahrenen und charakterfesten Beamten, es ist also dringender notwendig, daß zum mindesten die vorhandenen tüchtigen Kräfte im Amt erhalten bleiben. Das Regionalsystem wäre beizubehalten. Die Arbeitslast des Auswärtigen Amtes ist deshalb so groß, weil das Publikum das Amt vielfach als internationalen Dienstleistungsorgan betrachtet. Die Ergänzung des Reichsausschusses aus allen Klassen der Bevölkerung und die Parole: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ werden so lange eine Frage bleiben, als die jüngeren Kräfte draußen finanziell nicht besser gestellt werden. Jedes System kann übertrieben werden. Die Gelehrten sollten nicht Wirtschaftspolitik treiben, sondern die Wirtschaft der fremden Länder beobachten. Die Wirtschaftsbeziehungen zu fremden Ländern werden um so besser werden, je besser die Politik ist, die in unserer Zentrale betrieben wird. So werden unsere künftigen Beziehungen zu Amerika gefördert werden, wenn sich Amerika davon überzeugt, daß die Republik bei uns fest gegründet ist und auf dem Boden der Republik Politik betrieben wird.

Wirtschaft

Bereitstellung von Gruben- und Schwelkenholz.

Die Forststabteilung des preussischen Landwirtschaftsministeriums macht darauf aufmerksam, daß ursprünglich geplant war, die für den häuslichen Bedarf unbedingt nötigen Mengen an Grubenholz, Schwellenholz, Papierholz und Telegraphenholzen durch ein Umlageverfahren aufzubringen. Im Reichsrat ist darüber aber keine Einigkeit erzielt worden. Es wurde jedoch beschlossen:

Die Länder erklären sich im Wege der Vereinbarung bereit, durch den Einfluß des laufenden Wirtschaftsjahres, spätestens bis Ende September 1921, nach Möglichkeit bis zu 6 Millionen Festmetern Grubenholz und bis zu 2 Millionen Festmetern Schwelkenholz nach einem Maßstabe aufzubringen, der nach Anhörung der Länder unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit durch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft festzusetzen ist.

Unerwartetes des Ernstes der Lage fordert das preussische Landwirtschaftsministerium alle waldbesitzenden Gemeinden, Verbände und privaten Waldbesitzer schon jetzt zur Mitarbeit an dem Wiederaufbau der heimischen Wirtschaft durch Förderung für die Bereitstellung von Gruben- und Schwelkenholz aus dem diesjährigen Einkünften in möglichst großem Umfange auf. Zu Gruben- und Schwelkenholz geeignetes Holz darf auf keinen Fall ins Brennholz geschlagen werden. Auch bei Verkäufen müssen die Käufer verpflichtet werden, das Holz dem heimischen Verbrauch oder den heimischen Eisenbahnen auszuführen. Die Forststabteilung des Landwirtschaftsministeriums verbindet damit die Erwartung, daß es durch freie Entschleunigung der Waldbesitzer möglich sein wird, den Bedarf des kommenden Jahres ohne Zwangsmassnahmen zu decken.

Die Flucht vor der Mark. Die Deutsche Hypothekendarfbank Meiningen, die als erste Hypothekendarfbank ihren Abschluß veröffentlicht, berichtet ihren Reingewinn von 3,19 auf 3,23 Millionen Mark und erhöhte mit Rücksicht auf ihre überwiegend dem Mittelstand annehmbaren Aktien die Dividende von 7 1/2 auf 8 Proz. Der Ansohnenbestand nahm von 577,6 auf 667,0 Mill. M., der Bestand an Pfandbriefen von 560,6 auf 628,5 Millionen Mark zu. Ueber den Grundstücksverkehr macht der Geschäftsbericht folgende interessante Ausführungen: Je weniger affektiert die wirtschaftliche Lage im Reich erscheint, um so beliebter sind bei dem Kapitalmarkt suchenden Publikum Hypothekendarfbriefe geworden, wie überhaupt die Anlage von Kapital in Grund und Boden. Die Bewegung auf dem Grundstücks- und Ansohnenmarkt, die sich letzten Endes als „Flucht vor der Mark“ kennzeichnet, war daher recht lebhaft, wenn auch in letzter Zeit der Eigentumswechsel, wenigstens bei Mietswäulern, unter der Einwirkung behördlicher Verordnungen und Zwangsmassnahmen, die jede Rentabilität dieser Häuser in Frage stellen, merklich nachzulassen hat. Ob künftig auch die Erwerbung neuer Ansohnen in gleicher ausgedehnter Weise möglich ist, müssen wir bei der Unzulänglichkeit der Herstellung von Neubauten dahingestellt sein lassen.

Folgen der englischen Kohlenkrise. Die englische Zeitung „Daily Chronicle“ meldet, daß die Abnahme der Nachfrage nach Südwest-Kohlen infolge der Ueberflutung des Kontinents mit deutscher und englischer Kohle zu einer ernstlichen Verhäufung der Marktlage in Cardiff geführt hätte, die die Schiffsahrt unmittelbar in Mitleidenenschaft zieht. In Cardiff sind bereits 30 Schiffe aufgeseigt worden.

Groß-Berlin

Der 1-Mark-Tarif der Straßenbahn.

Die Vorlage über die Erhöhung des Straßenbahntarifs ist heute den Stadtverordneten zugegangen; sie soll als dringlich behandelt und auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 27. d. M., gestellt werden. Der Magistrat weist in der Vorlage darauf hin, daß sich Ende 1920 für die Große Berliner Straßenbahn und die Gemeindefestbahnen ein Gesamtschuldenbetrag von 89 Millionen ergibt. Selbst wenn man die Abgaben an die früheren Gemeinden mit 38 Millionen abzieht, bleibt immer noch eine Unterbilanz von 50,2 Millionen. Diese ungünstige Finanzlage der neuen Stadtgemeinde Berlin erfordert gebieterisch, einem weiteren Anwachsen des Schuldenbetrages unter allen Umständen so bald wie möglich Einhalt zu tun und auf seine Abbildung Bedacht zu nehmen. Es sind Maßnahmen eingeleitet worden, um die Ausgaben und Lasten allmählich herabzumindern; aber diese Bestrebungen können erst nach einiger Zeit ihre Wirkungen zeigen. Bemerkenswert sind folgende Mitteilungen des Magistrats über die Teuerung und den Verkehrsrückgang: Die Beförderungszahl hob sich 1916 auf 715 Millionen, schnellte 1917 auf 896 empor und erreichte 1918 ihren Höhepunkt mit 1057 Millionen; im Jahre 1919, wo die ersten erheblichen Fahrpreiserhöhungen eintraten, sank die Zahl auf 1011 Millionen. Für 1920 ist ein weiterer merklicher Abstieg auf 792 Millionen Fahrgäste zu verzeichnen, was aus der Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft und dem zunehmenden Wettbewerb der anderen Verkehrsmittel, insbesondere der Stadt- und Ringbahn, zu erklären ist. Dazu kommt, daß die Materialpreise geradezu ins Unerwartete gestiegen sind. Mehrere Tabellen beweisen dies: die Steigerung betrug z. B. für Schienen 2070, für andere Schienenstücke 2420 bis 2500 Proz., für Bremsböden 4040, für Eisen 2710, für Darsse 2960 Proz. Im Durchschnitt ergibt sich bei den Gleisbaumaterialien eine 18fache, bei den Materialien für die Wagenunterhaltung sogar eine 15fache Steigerung der Preise von 1914. Auch die erhebliche Steigerung der Löhne ist in Betracht zu ziehen: die Gehälter und Löhne sind gegen 1914 um 930 Proz., die Stromkosten um 940, die Unterhaltung des Bahnkörpers um 690, die Erneuerung des Bahnkörpers um 700, die Unterhaltung der Wagen um 1380 und die Erneuerung der Wagen um 1780 Proz. gestiegen. Mit diesen starken Steigerungen veranschlagt, ergibt die Tarifierhöhung ein starkes Mißverhältnis. Von Mitte 1919 ab sind die Tarifierhöhungen dem scharfen Ansteigen der Ausgaben nicht mehr gefolgt. Um zu einer Befundung zu gelangen, ist neben einer sparsamen Wirtschaft eine Erhöhung der Tarife unabwendbar. Die finanzielle Wirkung der neuen Tarife ist unter Annahme eines weiteren Verkehrsrückganges von 9 Proz. auf monatlich 8,94 Millionen Mehreinnahmen überschläglich berechnet worden.

Die rote Straßenbahn.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Herr Walter Funk in einem Berliner Börsenblatt ebenso dünne wie leichtfertige Angriffe gegen den Berliner Magistrat. Jeder Late weiß, daß, wenn dieses Unternehmen noch in den Händen der ehemaligen Aktionäre geblieben wäre, es nur durch ungeheure Steigerung der Fahrpreise vor dem völligen Ruin hätte bewahrt werden können. Wie Herr Funk die in den Kriegsjahren heruntergewirtschaftete Straßenbahn „ein Schandmal sozialistischer Wirtschaftspolitik“ nennen kann, wird für jeden, der nicht zum willkürlichen Latenzen kapitalistischer Verkehrspolitik herabgesunken ist, ein Rätsel sein. Hoffentlich läßt Herr Walter Funk die Witze in einem zweiten Artikel einmal darüber auf, weshalb eine Reihe privater Verkehrsunternehmen in Deutschland ihre Betriebe eingestellt, und zahlreiche bürgerliche Stadtverwaltungen mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wie der verpönte Berliner Magistrat.

Die Mörder Singhs überführt.

Die gestrigen Nachforschungen der Kriminalpolizei, die Berechnungen der ermittelten Feinden und eine Durchsichtung der Wohnung des Kraftwagenführers Max Arnold in der Leopoldstr. 35 zu Eichensberg hatten für dessen Täterschaft so schwer belastendes Material zutage gefördert, daß das die ganze Nacht hindurch fortgesetzte Verhör Arnolds und seines Freundes Körwin endlich eine Klärung dieses Kapitalverbrechens brachte.

Bei der Durchsichtung der Wohnung des Arnolds, die gestern vorgenommen wurde, fanden die Beamten u. a. auch eine graue Mütze, wie solche von einem der Männer getragen worden war, die in der Mittwochnacht von Bewohnern des Hauses Leibnizstr. 21 dort gesehen worden waren. Außer Briefen, aus denen die engen Beziehungen hervorgingen, die Arnold mit der Frau Singh unterhalten hatte, wurden auch Photographien von der Frau des Anders vorgefunden. Arnold hatte zuerst auch zugegeben, daß Frau Singh in den letzten Tagen vor dem Mord ständig in seiner Wohnung gewesen sei. Zunächst mußte er nun zugeben, daß er in dieser Beziehung die Unwahrheit gesagt hatte. Nach und nach sah er dann endlich ein, daß er sich mit seinen sonstigen Angaben ebenfalls stark in Widersprüche verwickelt hatte. Und als ihm diese vorgehalten wurden, brach sein ganzes Wagnis zusammen. Er sah sich überführt, war aber zu einem Geständnis nicht zu bewegen. Körwin aber, dem ebenfalls das gleiche Belastungsmaterial vorgelegt wurde, sah ein, daß ein weiteres Beugnen zwecklos sei, und gab zu, daß er an der von Arnold ausgeführten Tat beteiligt gewesen ist. Wie er angibt, ist Arnold erst am Dienstag an ihn herangekommen mit dem Vorschlage, ihn bei dem Mord auf den Mann seiner Geliebten beihilflich zu sein. Am Donnerstagabend sei Arnold durch das Fenster der Speisekammer in die Wohnung eingekrochen. Arnold ist ein sehr gewandter Leichtathlet, Kinger und Boxer und infolge seiner Gewandtheit gelang es ihm auch, das ziemlich schwere Kunststück zu vollbringen. Um keine Spuren zu hinterlassen, hatte er sich Handschuhe angezogen. In dem Zimmer des Singh trat er diesen schlafend an. Er versuchte ihn zunächst mit Ketscher zu betäuben, doch wurde der Ander wach und wollte sich auf seinen Ankerer stürzen. Arnold streckte ihn aber durch einen wohlgezielten Vorstoß auf den Kopf sofort nieder. Mit einer mitgebrachten Zange schlug er dann auch noch auf ihn ein und legte ihm endlich auch noch eine Schlinge um den Hals. Dann löste er ihm die Uhr von der Kette, nahm ihm die Brieftasche und das Portemonnaie und unterließ auch den Koffer auf seinen Inhaft. Als er darin aber nur Schriftstücke fand, warf er diese auf den Fußboden. Auf demselben Wege, auf dem er gekommen war, verließ er die Wohnung wieder. Die entsetzte Brief-tasche warf er auf einen Vorprung des Hauses, dort wurde sie auch bereits gefunden. Weil es inzwischen schon so spät geworden war, mußten beide zu Fuß gehen. Unterwegs warf dann Arnold das leere Portemonnaie, die Uhr, einen Diener, die Zange, die Handschuhe und die von ihm benutzte Taschenlampe in den Kanal. Die Beute an barem Gelde war nur sehr gering. Um diese war es dem Täter auch gar nicht zu tun. Als ihm das Geständnis seines Freundes vorgehalten wurde, widersprach er nicht, suchte aber alles Verleistende für seine Bestiehe auf sich zu nehmen. — Die Eltern der Frau Singh wurden gestern noch einmal von Staatsanwalt Simon vernommen und, da sie tatsächlich weder um die Tat gewußt, noch etwas davon gehört zu haben scheinen, auf freien Fuß gesetzt.

Eine berühmte Stradivari-Geige gestohlen.

Die weltberühmte Stradivari-Geige, die früher im Besitz des ehemaligen Kronprinzen war, ist in der vergangenen Nacht bei einem Einbruch in Neubabelsberg gestohlen worden. Eindreher brangen dort durch eine Fensterscheibe in eine Villa ein und stahlen aus dieser außer andern wertvollen Sachen die bekannte Stradivari-Geige. Diese trägt die Inschrift: Antonio Stradivari, 1718, Cremona. Außer dieser Geige stahlen die Eindreher noch zwei Geigen ab.

mit den Inschriften „Oberin“ und eine weiße Seige in einem Doppelfaß aus Korbweiden, sowie eine Korbweiden-Garnitur für zwei Personen und anderes mehr. Auf die Ergreifung der unbekannteren Täter und die Wiederbeschaffung der gestohlenen Sachen ist eine Belohnung von 10 000 M. ausgesetzt.

Wertbriefverkehr zwischen Deutschland und Italien.

Am 1. Februar an wird der Wertbriefverkehr zwischen Deutschland und Italien wieder aufgenommen. Der Höchstbetrag der Wertangabe beträgt 10 000 Frank. Wertbriefchen werden vorläufig noch nicht wieder zugelassen.

Schwindel mit Pfandscheinen.

Ein handlungsfähiger Schwindler wird seit einiger Zeit im größten Umfange mit Pfandscheinen betrieben. Täglich gehen zahlreiche Anzeigen von Betrügern bei der Kriminalpolizei ein. Dieser ist es bereits gelungen, fünf Schwindler hinter Schloss und Riegel zu bringen. Alle Schwindler arbeiten mit gefälschten Pfandscheinen. Die einen erfinden Pfandleihen ganz und gar, die anderen benutzen auf den gefälschten Vorbruden die Namen bestehender Pfandleihen. Alle fällen die Scheine sachgemäß durchweg auf angeblich verlegte Wäcke aus, die jetzt sehr gesucht ist und teuer bezahlt wird. Die Käufer erfahren, wenn sie die vermeintlich verlegte Wäcke einlösen wollen, entweder, daß die Pfandleihe gar nicht besteht, oder daß ihre Firma gefälscht und mißbraucht worden ist.

Die Landtagswahlen und die Frauen.

Ueber dieses Thema sprach Genosse Nordmann am Montag in einer öffentlichen Frauenerversammlung. Er führte unter anderem aus: Der Wahlkampf, den wir jetzt für die zweite preussische Landesversammlung führen, ist wichtiger, als der für die erste preussische Landesversammlung. Wir gehen hoffnungsvoll in den Kampf mit dem Ruf: Der Feind steht rechts! — Die Frauen der arbeitenden Stände, auch die der Arbeiterklasse, haben bisher im politischen Leben leider immer noch wenig gezeigelt. Und doch sind es die Frauen, die der sozialdemokratischen Parteidankbar sein müssen für deren fleißiger, energisch erhabener und vortretener Forderung: „Das gleiche Wahlrecht auch den Frauen!“, die zur Wahrheit geworden ist. Die Frauen sind es, die jetzt zeigen müssen, daß sie nicht mehr zum Heer der politisch Rückständigen gehören; sie müssen zeigen, daß sie gelernt haben, nicht bloß politisch zu denken, sondern auch politisch zu handeln. Haben die Frauen jetzt im politischen Leben die Gleichberechtigung, so fehlt doch noch vieles an ihrer Gleichberechtigung im sonstigen öffentlichen Leben. Auf diesem Gebiete wirken die Frauen am besten für sich selbst, wenn sie Sozialdemokraten in den Landtag wählen. Je mehr Sozialdemokraten im Parlament sind, je mehr können die Frauen auf die Vertretung ihrer Rechte rechnen, und je mehr könnten sie rechnen auf eine Binderung der Not der Zeit. — In der Diskussion sprachen auch mehrere Genossinnen anfeuernde Worte.

Bezirksversammlung XI. Schneberg-Neubabelsberg.

In der am Montag tagenden Versammlung des Bezirks XI wurde zunächst der Bezirksverordnete Rante für den Bezirksverordneten Pflug eingeführt. Zum Vorsitzender wurde Dr. Teufel (D. Sp.), zum Stellvertreter Bland (U. Sp.) und zum Schriftführer Buth (S. P. D.) gewählt. Die Versammlungen finden Montags, 6 Uhr nachmittags, statt. In den Wahlausschuß wurden die Genossen Czemin! und Ost gewählt. In den Ausschuß für die Bildung eines Bezirksamts delegierte die Fraktion die Genossen Erdmann und Czemin! Weiter wurde beschlossen, die Vertretung der Geschäftsordnung bis zum Vorliegen der umgearbeiteten Geschäftsordnung von Berlin zu vertagen.

Nach halbstündiger Tagung wurde die Sitzung geschlossen.

Schwere Verletzungen erlitt der Oberfeuerwehrmann Toenges bei einem größeren Brande in der Blumenhaffstraße 7. Dort brannte heute nacht um 2 Uhr auf dem Hofe ein niedriges Quergebäude mit Stallung. Die Flammen hatten an einem Holgerüst, Möbelen usw. reiche Nahrung gefunden und bei Anbruch der Feuerwehr schon das Dach ergriffen. Der Beamte stürzte beim Vorgehen durch das brennende Dach. Es gelang den Kameraden, den Verunglückten aus seiner gefährlichen Lage zu befreien und nach dem Elisabeth-Krankenhaus zu schaffen. Dort stellte man einen rechtseiligen Rippenbruch und Brandwunden fest. Es gelang, eine weitere Ausdehnung des Feuers zu verhüten. Die Entstehung des gefährlichen Brandes war nicht zu ermitteln.

In der Volkshochschule Groß-Berlin begannen am heutigen Dienstag folgende Vorträge: 8 Uhr: Das Weltmeer, mit Fortsätzen, Georgenr. 31/33, abends 6 1/2 Uhr. — Dr. Kurreig: Wege zur rationellen Fabrikation, ebenda, abends 6 1/2 Uhr. — Prof. Lore: Ballade und Lied, Reichstagstr. 8, abends 7 Uhr. — A. Antken: Mathematik I, Pochamer Str. 8b, abends 6 1/2 Uhr. — Prof. Deegener: Der Tierkörper als Wirtin, Anhaltstr. 48, abends 7 Uhr. — Dr. B. Guttmann: Gegenwartsprobleme im Straf-, Pochamer Str. 8b, abends 7 Uhr. — O. Gerstenbauer: Die Frage der politischen Gestaltung unserer Volkst., ebenda, abends 7 Uhr. — Dr. Levin: Unsere Einträge und ihre rechtliche Verarbeitung, Altmühlstr. 40, abends 7 1/2 Uhr. — Dr. Rosenber: Geschichte der Klassenbildung und der Klassenkämpfe, ebenda, abends 7 Uhr. — Professor Werner: Einführung in die Betrachtung von Kunstwerten, ebenda, abends 7 Uhr. — E. Spindler: Botanik-mikroskopische Übungen, 2. Teil, Pochamer Str. 44/46, abends 7 Uhr. — Dr. v. Alieich: Die Seele des Menschen, ebenda, abends 6 1/2 Uhr. — Prof. Schmidt: Die Entwicklung der Monistischen Theorien, ebenda, abends 7 Uhr. — H. Köhler: Mathematik II, Treptow, Kreis Anhalter 5, abends 7 Uhr. — Dr. v. Siedel: Ueber farbige Filter und ihre Kulturen, ebenda, abends 7 Uhr. — Dr. R. Busse: Die Kunst der Erzählung, ebenda, abends 7 Uhr. — Dr. R. Schütz: Die Kleinwelt unserer Genossen, Reichstr. Berliner Str. 10, abends 7 Uhr. — Dr. Zugar: Grundbegriffe des bürgerlichen Rechts, ebenda, abends 7 Uhr. — Prof. Keller: Gelangübungen, ebenda, abends 7 Uhr. — O. Kempta: Das Licht und die Farben, Wilmersb. Str. 84/87, abends 7 Uhr. — Dr. G. G. Die Aufteilung der Erde unter die Kolonialmächte, ebenda, abends 6 1/2 Uhr. — Dr. Hilbig: Mittelwerte deutscher Erzählungskunst, ebenda, abends 7 Uhr. — H. Schulze: Die Weisheit und ihre Anwendungen, II. Teil, Wilmersb., Altdammstr. 91/92, abends 7 Uhr. — Prof. Schäfer: Haus- und Familienhygiene, ebenda, abends 7 Uhr. — Dr. Sternberg: Vom Wesen des geschichtlichen Lebens, ebenda, abends 8 Uhr. — Dr. Kersmann: Einführung in das Hören von Russl, Tege, Humboldt-Hochschule, abends 8 Uhr.

Ueber die Oeffentlichkeit des Unterrichts brechen im Bund entlassener Schullehrer Mittwoch, 26. 7/2, Uhr, im Werner-Elementar-Gymnasium, Hohenzollernstr. 47/48, an Schneberg Dr. Siegfried Kowera und Lydia Siedler. Gäste willkommen.

Ueber Sozialerhebungsfragen liest heute abends 8 Uhr in der Deutschen Hochschule für Politik, Schöneberg 6, Staatsminister a. D. Will.

Sport.

Das öffentliche Turnen der Freien Turnerschaft Schneberg-Berlin am Sonntag gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung für den Arbeitersport. Für die über 200 Turner, Turnerinnen und Jugendlichen erwies sich die Turnhalle als viel zu klein. Die zahlreich erschienenen Gäste sahen in bunter Folge ein Bild vielseitigen turnerischen Treibens, Freizeugen, Geräteturnen an den dicht gedrängt stehenden Geräten und Musterlegen, die auch das Kraftturnen zeigten. In einer Ansprache betonte der Vorsitzende, daß Berlin von allen Großstädten im Verhältnis zur Einwohnerzahl die wenigsten Arbeiterturner habe. Selbst die Provinzorte seien schon viel weiter vorgeschritten. Turner und Arbeiterschaft mühten darauf hinwirken, daß die noch in der Deutschen Turnerschaft befindlichen Arbeiter sich ihren Kameraden anschließen. Einige Turnspiele, die auch die Bachmuseen der Zuschauer kräftig in Bewegung setzten, beendeten die gutgelungene Veranstaltung.

